

V0041/22

Transformation und Nachhaltigkeit – Überprüfung von Straßenbauprojekten
-Antrag der Stadtratsfraktion B90/Die Grünen vom 11.01.2022-

Stadtrat vom 26.07.2022

Der Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen V0041/22 und der Antrag der Verwaltung V0480/22 werden gemeinsam behandelt.

Stadtrat Pauling betont, dass sich die Die LINKE Stadtratsgruppe sehr über den Antrag freue. Man hätte sich auch darüber gefreut, wenn von Seiten der Stadtratsfraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN vielleicht direkt die Straßenbauprojekte abgelehnt worden wären. Man finde es wichtig, dass nicht erneut die gleichen Zahlen der Verkehrsentwicklung, sondern das Ganze in Zusammenhang mit den Zielen, die man sich im Klimaschutzprogramm gesetzt habe, ansehe. In diesem Schutzprogramm stehe beispielsweise, dass der Individualverkehr um 15 Prozent reduziert werden müsse, um die Klimaneutralität zu erreichen. Unter diesem Gesichtspunkt müsse man analysieren, ob diese Straßen zukünftig wirklich benötigt werden, damit man Glaubwürdigkeit bewahre. Ansonsten seien die Ziele Makulatur und man extrapoliere im Grunde eine Verkehrsentwicklung, die es aus dieser Sicht überhaupt nicht geben dürfe. Stadtrat Pauling bittet, dies im speziellen zu betrachten.

Stadtrat Wittmann vertrete dieselben Klimaschutzziele, jedoch müsse er Stadtrat Pauling in diesem Punkt widersprechen. Denn der Verkehr werde nicht weniger werden und ein klimafreundliches Elektroauto benötige ebenso Straßenraum. Er bezieht sich auf die Ost-Umgehung Etting sowie die Umgehung Unsernherrn, die nun geprüft werden solle. Wenn diese Vorhaben nicht gebaut werden sollten, dann werde der Verkehr und die damit einhergehende Belastung der Bürgerinnen und Bürger zunehmen. Er bittet darum, die Verkehrszahlen erneut genauestens auszuwerten, um dann beurteilen zu können, ob die Vorhaben notwendig seien oder nicht. Vom Individualverkehr wolle man nicht weg, sondern er solle klimafreundlicher werden. Des Weiteren dürfe nicht vergessen werden, dass Ingolstadt eine Automobilstadt sei und man davon gut lebe. Das wolle man auch in Zukunft, wozu auch gehöre, dass ab den Jahren 2025 oder 2026 nur noch Elektrofahrzeuge produziert würden. Den Individualverkehr generell zurück zu drängen, geht Stadtrat Wittmann zu weit. Mehr Klimaschutz sei die richtige Richtung, jedoch dürfe der Schutz der Bevölkerung und die Wirtschaft nicht ganz vergessen werden.

Stadtrat Dr. Meyer ist der Meinung, dass es keine Generaldebatte mehr über die Bedeutung des Individualverkehrs in Ingolstadt brauche. Der Ansatz, nicht so genau auf den realen Verkehr, also an den Bedürfnissen und Verkehrsgewohnheiten der Menschen vorbei, das Ganze zu betrachten, mache die Zielerreichung erst recht unwahrscheinlich. Deswegen müsse man sich die Verkehrsentwicklung unbedingt genau anschauen. Die aktuellen Zahlen zeigen, dass der Individualverkehr gegenüber dem Jahr 2019, also vor der Corona-Pandemie, sogar noch angestiegen sei. Von einem Rückgang könne nicht die Rede sein, weshalb es falsch wäre, Straßenbauprojekte zurück zu stellen oder gar fallen zu lassen. Das Gleiche gelte ebenso für einen Beschluss für eine Quotenregelung zu Lasten des Individualverkehrs und zugunsten des Umweltverbands, gegen den im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit gestimmt worden sei. Quotenregelungen würden keine vernünftigen Planungen und ein sinnvoller Zielhorizont keinen gescheiten

Fahrplan ersetzen. Man müsse die reale Situation betrachten und darauf die Maßnahmen aufbauen, betont Stadtrat Dr. Meyer.

Man habe gerade genau diese Pole gehört, zwischen denen sich diese Diskussion in vielleicht einem Jahr oder in zwei Jahren bewegen werde, stellt Stadtrat Semle fest. Verkehr könne natürlich reguliert werden. Man dürfe nicht nur die Bedürfnisse der Bevölkerung sehen, aber man könne auch nicht vollkommen vorbeiplanen. Wenn die Verkehrszählungen und die Verkehrseinschätzung erfolgen, werden DIE GRÜNEN genau hinschauen, in welcher Weise dies passiere. Ingolstadt habe sich vorgenommen, den Modal Split deutlich zu verändern. Daher müsse man regulierend eingreifen, aber auch realistisch bleiben.

Die Bedürfnisse der Menschen und die gesetzten Ziele müsse man bezüglich des Klimaschutzes beachten, führt Stadtrat Köstler aus. Jedoch müsse man sich überlegen, wie die Bedürfnisse berücksichtigt werden können. Beim Klimaschutz sei man sich einig, denn die Klimaerwärmung dürfe nicht fortschreiten. Dementsprechend müsse leider eine Verkehrswende erzwungen werden, bei der man sich genau überlegen müsse, wie die Sicherung der Mobilität der Menschen und das Bedürfnis nach Mobilität mit dem Klimaschutz vereinbar sei. Eine Straße sei nicht nur Schaffen von Mobilitätsplatz, sondern auch Flächenversiegelung, weswegen grundsätzlich zu überlegen sei, ob nicht eine stärkere Förderung von anderen Verkehrsmitteln als dem Auto jedes Einzelnen, ratsam sei. Hierfür dürfe man in den Modal Split eingreifen, um diese wichtigen Ziele zu erreichen.

Nach der Meinung der SPD-Stadtratsfraktion habe die Verwaltung - und man habe dies im Planungsausschuss auch bereits diskutiert - eine äußerst durchdachte Beschlussvorlage erarbeitet und vorgelegt, führt Stadtrat Witty aus. Er denke, dass man dieser Vorlage gut zustimmen könne, auch wenn sich bei dem Thema eine Art Generaldebatte entfache. Des Weiteren geht Stadtrat Witty auf den Einwand von Stadtrat Wittmann, dass Ingolstadt eine Automobilstadt sei ein und stimmt diesem zu. Würde die Audi AG nur für die Ingolstädter Autos produzieren würde, dann habe Stadtrat Wittmann Recht. Dies sei zum Glück jedoch nicht der Fall. Wenn sich der Betriebsrat stark mache und sich für ein Jobticket für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausspräche, dann würde das auch dem Ziel von Stadtrat Wittmann entsprechen, weil auch das den Mitarbeitern etwas bringen würde. Jedoch dürfe man nicht die Verkehrspolitik der Stadt mit der Wirtschaftspolitik der Stadt vermengen. Wenn es ginge, müssten alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Airbus zukünftig nach Manching fliegen, kontert Stadtrat Witty.

Es gäbe auch das Bedürfnis, den Regenwald abzuholzen, ob das gut sei, sei eine andere Frage, entgegnet Stadtrat Pauling. Die Aussagen zur Änderung des Modal Splits seien auch von der CSU-Stadtratsfraktion getätigt worden, meint er an Stadtrat Wittmann gerichtet. Eine Änderung heiße, dass es auch weniger Individualverkehr gäbe. Man führe auch keinen Kampf gegen das Auto, doch das Autofahren mit dem Ausbau von Straßen noch komfortabler zu machen führe zu hohen Kosten. Es seien zweistellige Millionenbeträge und das helfe nicht, die gesetzten Ziele beim Modal Split oder auch beim ÖPNV zu erreichen. Deswegen müsse man eine seriöse Zielplanung, die auch den Verkehr umfasst, erarbeiten. Natürlich könne man der ganzen Debatte - auch in Bezug auf ein Tempolimit, den Verkehrsbereich aus dem Klimaschutz aussparen. Das sei theoretisch eine Position, die man dem Grunde nach haben könne. Das würde jedoch bedeuten, dass in anderen Bereichen sehr viel härter vorgegangen werden müsse, wofür keine Mehrheit zustande kommen würde. Dies würde nach Stadtrat Paulings Sicht auch das Maß vieler Bürgerinnen überspannen, weswegen man eine Transformation auch im Verkehrsbereich hinbekommen müsse.

Frau Wittmann-Brand denke, dass alle das gleiche Ziel haben, nämlich die Mobilität nachhaltiger und damit auch sauberer zu gestalten, die verkehrsbedingte Luft- und Lärmbelastung zu verringern und in der Stadt Ingolstadt dadurch mehr Lebensqualität zu erhalten. Das SUMP sei dafür das richtige Mittel, weil er auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sei, damit ökologische, soziale und wirtschaftliche Belange berücksichtigt und Verkehrsträger

übergreifend betrachtet werden. Er sei eine sehr wichtige Grundlage, um Strukturen interdisziplinär zusammenzuführen und mit den unterschiedlichen Planungen, die man in der Stadt auf den Weg gebracht habe, u. a. auch mit den unterschiedlichen Fachbereichen, verknüpfen zu können. Man könne nicht mehr allein die Mobilität betrachten, weil viele andere Belange, die bei Bürgermeisterin Frau Kleine mit angesiedelt sind, eine Rolle spielen. Frau Wittmann-Brand glaubt, dass man in der Verwaltung bereits gut aufgestellt sei und unter den Referaten auch gut zusammengearbeitet werde. Von daher sei sie der Meinung, dass man die richtigen und auf die Zukunft ausgerichteten Maßnahmen mit dem SUMP hinbekomme. Dazu brauche es aber auch einem entsprechenden Dialog, den es dann auf politischer Ebene zu führen gälte.

Bürgermeisterin Kleine ist der Meinung, dass man im SUMP die Ziele des Stadtrates sehr wohl definieren und ganz klare Aussagen dazu machen könne, wie die Mobilität künftig abgewickelt werden soll.

Gegen 2 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.